



EKD-RATSVORSITZENDER BEDFORD-STROHM ALS REEDER

Evangelische Kirche betreibt künftig „Seenot“-Shuttle

Von LUP0 | Die christliche Seefahrt wird buchstäblich um ein weiteres Kapitel reicher, denn die evangelische Kirche geht unter die Reeder. Sie will ein Schiff finanzieren, ausrüsten lassen und sich mittelbar in der „Seenotrettung“ im Mittelmeer beteiligen. Der Rat der EKD setzt damit eine Resolution des Kirchentages um, [sagte EKD-Ratsvorsitzender Heinrich Bedford-Strohm](#) am Donnerstag.

Die EKD wird das Rettungsschiff nicht selbst kaufen und betreiben. Dies solle über einen Trägerverein „in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis“ geschehen, teilte er mit. Es werde Monate dauern, bis das Schiff gekauft und umgebaut ist. Die EKD werde auch bei der katholischen Kirche darum werben, sich zu engagieren.

Die Deutsche Bischofskonferenz lobte das protestantische Engagement, hielt sich aber mit konkreten Zusagen zurück. Es werde aber auf katholischer Seite „weiterhin Aktivitäten in diesem Feld geben“.

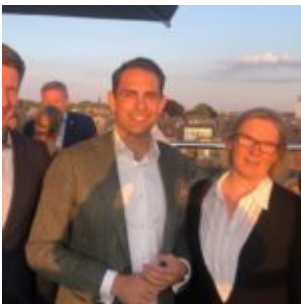
Bedford-Strohm verlangte die Entkriminalisierung der Seenotrettung und erneutes staatliches Engagement im

Mittelmeer.

Die evangelische Kirche Deutschlands wird damit eine weitere von mehreren hochumstrittenen NGOs vor Libyens Küste schaffen, die von der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel im Rahmen der Haushaltsdebatte als „humanitäre Schleuser und Menschenhändler“ bezeichnet wurden.

Bedford-Strohm sieht das anders: Da, wo die Menschen sich auf den Weg machten, müssten sie in Würde behandelt werden. Es könne deshalb nicht sein, dass sie in libysche Lager zurückgebracht werden. Es müsse ein Verteilmechanismus geschaffen werden, um die Hilfsbereitschaft in Europa zu nutzen. Die Hilfsbereitschaft vieler Stätten, die Menschen aufnehmen wollten, müsse nur abgerufen werden. Dazu fordert der Ratsvorsitzende entsprechendes Handeln von Regierung und EU.

Vor diesem Hintergrund dürfte der Strom von Migranten über das Mittelmeer nach Europa, bevorzugt junge Männer aus aller Welt, erneut anschwellen. Und damit die Zahl der unvermeidlichen Ertrinkungstodesfälle. Der christliche Wassertaxidienst macht es möglich.



AfD baut Kontakte zu

flämischen Patrioten aus

Von MARKUS WIENER | Der Vlaams Belang – die traditionelle Wahlpartei der flämischen Patrioten in unserem Nachbarland Belgien – hat diese Woche eine mehrtägige Klausurtagung mit rund 40 Abgeordneten aus dem flämischen Parlament, der belgischen Abgeordnetenkammer und dem Europaparlament in der alten Kaiserstadt Aachen durchgeführt. Ein symbolträchtiger Konferenzort im Länderdreieck zwischen Deutschland, Belgien und Holland, der wie kaum ein anderer für die gemeinsame Geschichte und Verbundenheit von Flamen und Deutschen seit der Frankenzeit bis zur Moderne steht.

Eine Verbundenheit, die heute von den patriotischen Parteien beider Völker wieder bewusst gepflegt wird. So war auf Einladung des Vorsitzenden des Vlaams Belang, dem jungen Sympathieträger Tom Van Grieken, am Dienstagabend auch eine Delegation der nordrhein-westfälischen AfD-Landtagsfraktion unter Führung der Abgeordneten Dr. Martin Vincentz und Roger Beckamp vor Ort. In Grußworten und zahlreichen Gesprächen wurden Gemeinsamkeiten ausgelotet und ein künftig noch engeres Zusammenwirken besprochen.

„Wir von der AfD sind froh, mit dem Vlaams Belang einen starken und verlässlichen Partner an unserer Seite zu haben“, äußerte sich Beckamp nach dem Treffen. Die beiden Parteien verbindet nicht nur die Ablehnung einer Islamisierung Europas oder einer unkontrollierten außereuropäischen Masseneinwanderung. AfD und Vlaams Belang stehen in vielen Fragen vor ähnlichen Problemen – mit Möglichkeiten zur Erarbeitung gemeinsamer Lösungen und Vorgehensweisen. Eine Aufgabe, für die der nordrhein-westfälische AfD-Landesverband nicht nur aufgrund seiner geographischen Lage prädestiniert erscheint.

Die Abgeordneten des Vlaams Belang hatten neben eines straffen Arbeitsprogramms auch Zeit und Grund für ein geselliges

Kennenlernen untereinander. Schließlich waren dank der starken Wahlerfolge im Frühjahr 2019 neben Urgesteinen wie dem Antwerpener Lokalhelden Filip Dewinter zahlreiche neue Gesichter in den Reihen der Parlamentarier vertreten. Der Vlaams Belang konnte bei sämtlichen Wahlen im Mai diesen Jahres seine Wahlergebnisse verdreifachen: Von ca. sechs Prozent auf über 18 Prozent bei der flämischen Regionalwahl und von ca. vier Prozent auf 12 Prozent bei der belgischen Parlamentswahl sowie der Europawahl. Ein fulminantes Comeback einer der traditionsreichsten Formationen innerhalb der patriotischen Parteienfamilie Europas, die nun erfreulicherweise auch wieder eine gemeinsame Fraktion im Europaparlament gebildet hat.

Dabei hat es der Vlaams Belang geschafft, neben der Reaktivierung früherer Stammwähler auch viele Jung- und Erstwähler zu gewinnen. So haben laut den Ausführungen des selbst erst 32-jährigen Parteivorsitzenden Tom Van Grieken rund 40 Prozent der Jungwähler im Landesteil Flandern für den Vlaams Belang gestimmt! Auf der anderen Seite gibt es kaum eine andere demokratische Rechtspartei in Europa mit einer so langen Geschichte. Der Vlaams Belang kann in diesem Jahr bereits sein 40-jähriges Bestehen feiern. Gegründet 1979, damals noch unter dem Namen Vlaams Blok, und dann vier Jahrzehnte ein wichtiger Faktor in der flämischen und belgischen Politik. Mit Höhen und Tiefen, aber zur Zeit zum Glück wieder in einer absoluten Hochphase.

Mit ein Grund für diese Beständigkeit ist sicher auch die Verwurzelung des Vlaams Belang in der flämischen Unabhängigkeitsbewegung, die weit über die Partei hinaus reicht. Der Vlaams Belang dient für diese Bewegung als politisches Sprachrohr und parlamentarische Interessensvertretung. Umgekehrt profitiert auch der Vlaams Belang von diesem großen Vor- und Umfeld.

Diese flämische Unabhängigkeitsbewegung ist der Zusammenfassung von zwei so unterschiedlichen Volksstämmen wie

den Flamen und Wallonen in einem Staatsgebilde geschuldet. Das daraus resultierende Konstrukt namens Belgien ist eine Herausforderung für alle Beteiligten und wäre in etwa so, als ob Deutsche und Franzosen sich einen Nationalstaat teilen müssten. Dass man angesichts dieser Lage über eine noch weitergehende Föderalisierung oder sogar zwei komplett unabhängige Staaten innerhalb der Europäischen Union nachdenkt, ist nachvollziehbar, aber natürlich ein ständiger Streit- und Angelpunkt in der belgischen Politik.



Markus Wiener.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Ma
rk
us
Wi
en
er
sc
hr
ei
bt
be
vo
rz
ug
t
zu
Kö

ln
er
un
d
ta
ge
sp
ol
it
is
ch
en
Th
em
en
fü
r
di
es
en
Bl
og
.
De
r
43
-
jä
hr
ig
e
Po
li
to
lo
ge
un

d
ge
le
rn
te
Jo
ur
na
li
st
is
t
pa
rt
ei
lo
se
s
Mi
tg
li
ed
de
s
Kö
ln
er
St
ad
tr
at
es
un
d
de
r
Be

zi
rk
sv
er
tr
et
un
g
Ch
or
we
il
er
. Se
it
üb
er
20
Ja
hr
en
wi
dm
et
er
se
in
po
li
ti
sc
he
s
un
d
pu

bl
iz
is
ti
sc
he
s
En
ga
ge
me
nt
de
r
pa
tr
io
ti
sc
he
n
Er
ne
ue
ru
ng
De
ut
sc
hl
an
ds
.
De
r
ge
bü

rt
ig
e
Ba
ye
r
un
d
dr
ei
fa
ch
e
Fa
mi
li
en
va
te
r
is
t
üb
er
se
in
e
Fa
ce
bo
ok
-
Se
it
e
er
re



Wird Niedersachsen-AfD wegen „Hitler“-Dragees zum VS-Prüffall?

Von REALSATIRE | Beim Tag der Offenen Tür im niedersächsischen Landtag Ende August in Hannover hatte die AfD Spaß-Packungen mit 18 Dragees „Zur Behandlung von leichter bis schwerer Volksverdummung“ verteilt. Das sei kein Zufall, ereiferte sich jetzt nachträglich die SPD im Landtag. Die „18“ stehe für Adolf Hitler, sagte Fraktionsvorsitzende Johanne Modder. Der Verfassungsschutz geht schon mal in Hab-Acht-Stellung.

Darauf muss man erstmal kommen: die Schachteln mit 18 Minzdragees und der Aufschrift „AfD forte“ sind laut SPD eine Anspielung auf Chiffren der Rechtsextremisten, glauben die Sozialdemokraten mit Innenminister Boris Pistorius, dem auch der Verfassungsschutz untersteht. In der rechtsextremen Szene sei nämlich die Zahl 18 ein Code für den ersten und achten Buchstaben im Alphabet. „AH“ stehe also für Adolf Hitler.

„Lächerlich“, entkräftete AfD-Geschäftsführer Klaus Wichmann

am Mittwoch im Landtag die Vorwürfe. [Es sei reiner Zufall](#), dass man 18 Dragees von einem Hersteller bekommen habe, zitiert ihn die Hannoversche Allgemeine: „Gehen Sie auf Google und schauen Sie: Bei Spaßtabletten bekommt man 18 Kapseln“.

Diese einleuchtende Erklärung wird den niedersächsischen Alternativen aber kaum helfen, denn an der Leine stehen die Zeichen auf Überwachung durch den Verfassungsschutz. Nachdem die Wahlen im Osten Deutschlands gelaufen sind und kein Schaden mehr durch übertriebene politische Attacken bei trotzigem Wählern angerichtet werden könnte, legt sich die Einheitsfront der Altparteien auch im Westen keine Zurückhaltung mehr auf. Die Landtagssitzung in Hannover war erst die politische Ouvertüre dafür, die ständige Beobachtung der niedersächsischen AfD vorzubereiten.

Die Regierungskoalitionäre von SPD und CDU samt der oppositionellen Hilfstruppen von Grünen und FDP überboten sich in Anschuldigungen, als sei der Leibhaftige im Plenarsaal anwesend. Unbewiesene Kernthese: Die niedersächsische AfD habe die Grenze vom Rechtspopulismus zum Rechtsextremismus überschritten. Die Grünen forderten die Beobachtung der AfD als Gesamtpartei durch den Verfassungsschutz. Da kam der alberne Vorwurf von den Adolf-Hitler-Bonbons gerade recht. Inwiefern er in die Argumentation pro Überwachung Einfluss findet, bleibt abzuwarten. Die Erfahrungen aus der Prüffall-Affäre der Bundes-AfD im Frühjahr 2019 lässt allerdings erahnen, dass die Beobachtungsgründe gar nicht banal und absurd genug sein können, um als Indiz herangezogen zu werden. Von politischer Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes will bei den Altparteien natürlich niemand etwas wissen.

Noch-Innenminister und Möchtegern-SPD-Parteichef Pistorius bemühte sogar den Papst, der sich in Deutschland an Hitlerreden erinnert fühlt. Pistorius: „Die, die jetzt behaupten, die AfD wäre bürgerlich, haben die Kontrolle über ihren Laden verloren.“

Dafür hat er offenbar seinen „Laden“, den Verfassungsschutz, fest im Griff. Denn dessen Präsident Bernhard Witthaut hatte den zuständigen Ausschuss laut NDR vertraulich darüber informiert, dass die AfD offenbar künftig in Niedersachsen als „Prüffall“ behandelt werde, einer Vorstufe einer generellen Beobachtung. Innenministerium und Verfassungsschutzbehörde wollten dies weder bestätigen noch dementieren. Wahrscheinlich befürchtet man, bei einer öffentlichen Ankündigung gerichtlicherseits zurückgepiffen zu werden. [Dieser Fehler war im Frühjahr](#) dem Bundesverfassungsschutz in der Causa „Prüffall Bundes-AfD“ passiert.

Die AfD-Niedersachsen kündigte indes an, dass sie sich rechtlich gegen eine Vor-Überprüfung wehren wolle.



München: BPE fordert von Stadträten Verbot des Islamischen Zentrums e.V.

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am Mittwoch, den 11. September hielt die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) von 16-22 Uhr eine Kundgebung auf dem Münchner Marienplatz ab. Hierzu wurden auch

Filme per Beamer vorgeführt, die die Gefährlichkeit des Politischen Islams veranschaulichten. Zuvor gab ich im Rathaus einen Brief der BPE an alle Stadträte und Bürgermeister ab, in dem das Verbot des Islamischen Zentrums München e.V. gefordert wird.

Anfang August hatte es der Bayerische Rundfunk öffentlich gemacht, dass auf der Internetseite des IZM das Schlagen der Frauen bei Widerspenstigkeit propagiert wird ([PI-NEWS berichtete](#)). Daraufhin gab es auch in anderen Medien wie BILD, FOCUS, AZ und TZ einen Empörungsturm, so dass sich einige Münchner Stadträte kritisch äußerten und die Löschung der betreffenden Passage forderten. Bevor die Mohammedaner im Münchner Norden aber alle Spuren beseitigen konnten, sicherten Islamkritiker alle Seiten, so dass PI-NEWS den gesamten Skandal enthüllen konnte. Das Frauenschlagen war nur die Spitze des [frauenfeindlichen Eisberges](#), der sich auf den Internetseiten des IZM offenbarte. Natürlich alles absolut korankonform und im Einklang mit der Ideologie des Politischen Islams.

Daher nützt es auch überhaupt nichts, dass die Seiten derzeit gelöscht sind. Das Gedankengut befindet sich natürlich weiterhin in den Köpfen, was im IZM und in anderen Moscheen, Koranschulen sowie islamischen Organisationen weitergegeben wird. Wenn nicht unverzüglich ein Verbot dieses Politischen Islams erfolgt und die damit verbundenen Schritte eingeleitet werden, verlieren wir Generation um Generation an jungen Moslems, die mit dieser demokratiefeindlichen, frauenverachtenden, gewaltfordernden, tötungslegitimierenden, kampfbegeisterten, kriegsbefürwortenden, judenhassenden und homosexuellenfeindlichen Ideologie aufgezogen werden.

Hier der Offene Brief an alle Münchner Stadträte:



www.paxeuropa.de

BÜRGERBEWEGUNG
PAX EUROPA



PAX EUROPA · Postfach 1852 · 06608 Naumburg

Herr Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Magistrat der Stadt München
Marienplatz 8
80331 München

Bürgerbewegung PAX EUROPA e.V.
Bundesgeschäftsstelle

Postfach 1852 · 06608 Naumburg
fon: +49 (0) 34 45 7 38 79 63
mobil: +49 (0) 176 55 94 37 14
kontakt@paxeuropa.de

Spendenkonto:
IBAN DE83 6739 0000 0004 3330 04
BIC GENODE61WTH

28. August 2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reiter,

Anfang August hat der Bayerische Rundfunk die Meldung veröffentlicht, dass auf der Internetseite des Islamischen Zentrums München (IZM) das Schlagen von Frauen bei Widerspenstigkeit gefordert wird.

Dies entspricht klar der ideologischen Bestimmung der islamischen Lehre, wie sie im Koran in Sure 4 Vers 34 als zeitlos gültiger Befehl des Gottes Allah festgehalten ist.

Nachdem weitere Medien kritisch berichteten und einige Stadträte ihre Empörung öffentlich äußerten, hat das IZM den gesamten Punkt „Islam“ auf seiner Internetseite gelöscht. Damit ist das Denken und die Überzeugung aber natürlich nicht aus den Köpfen der Moslems entfernt, die in dieser Moschee verkehren, dort die entsprechenden Predigten anhören und bei der Lektüre des Korans bestätigt sehen.

Das Schlagen der Frauen ist auch nur ein Teil der eindeutig verfassungsfeindlichen Anweisungen, die dort unter dem Stichwort „Frau und Familie im Islam“ festgehalten waren. Islamkritiker unserer Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) haben die Seiten vor der Löschung abgespeichert. Sie sind im Internet auch weiterhin auf der Archiv-Seite „Internet Archive Wayback machine“ zu sehen.

So steht dort beispielsweise, dass eine Moslemin niemals einen Nichtmoslem heiraten darf. Auch für Männer sei eine Heirat unter Moslems auf alle Fälle vorzuziehen. Die Polygamie wird befürwortet, indem der dritte Vers der vierten Sure aus dem Koran zitiert wird, der dem Mann eine Heirat von bis zu vier Frauen erlaubt.

Eine Scheidung wird als das „Verachtenswerteste“ beschrieben. Falls es dennoch dazu komme, liege die gesetzliche Vertretung für die Kinder beim Mann. Üblicherweise gehe die geschiedene Frau ohne die Kinder in ihr Elternhaus zurück, womit ihr eine „Wiederverheiratung leichter gemacht“ werde.

Wir dürfen Sie noch darauf hinweisen, dass der als vermeintlich „modern“ und „aufgeklärt“ geltende Imam Bajrambejamin Idriz („Künstlernamen „Benjamin“) ausgerechnet dieses Islamische Zentrum in München-Freimann, das als Zentrum der Muslimbrüder in Europa galt, als erste Anlaufstelle in Deutschland wählte. Der dortige Skandal-Imam Ahmad al-Khalifa, bei dem die Polizei im März 2009 eine Razzia wegen vermuteter Kontakte zum islamischen Terror durchführte, half Idriz bei der Antragstellung zu seiner Aufenthaltsgenehmigung und auch bei deren Verlängerung vier Jahre später.

Zu Ibrahim el-Zayat, der von Experten als Chef der Muslimbrüder in Deutschland angesehen wird, in Ägypten im April 2008 von einem Militärgericht wegen terroristischer Aktivitäten in Abwesenheit zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt und dort unter den 40 Angeklagten als die Nummer vier der Muslimbruderschafts-Führer besonders herausgestellt wurde, pflegte Imam Idriz enge Kontakte. Durch die Telefonüberwachung des Bayerischen Verfassungsschutzes gelangte auch ans Licht, dass er Anweisungen von el-Zayat erhielt und ausführte, was der Spiegel in seinem Artikel „Muslimischer Geistlicher im Zwielficht - Vorzeige-Imam mit seltsamen Verbindungen“ öffentlich machte.

Einen der Drahtzieher des ersten Anschlags auf das World Trade Center im Jahre 1993, Mahmud Abouhalima, zog es ebenso in das Islamische Zentrum nach Freimann zum dortigen Imam Ahmad al-Khalifa, wie später auch Mamdouh Mahmud Salim, genannt Abu Hadscher, einen engen Vertrauten Osama bin Ladens.

All diese gefährlichen Verbindungen hinderten den CSU-Politiker Peter Gauweiler im Januar 2015 aber nicht, in der Freimanner Moschee neben diesem berüchtigten Imam aufzutreten und dabei „Allahu Akbar“ („Allah ist größer“) zu rufen.

Viele von Ihnen haben auch den großen Fehler gemacht, das hochumstrittene Moschee-Projekt von Imam Idriz zu unterstützen, das München zu einem Zentrum des Islams für Europa machen sollte, ganz in der Tradition des Islamischen Zentrums in Freimann.

Eine Lösung des gravierenden Problems kann nur im Verbot des Politischen Islams liegen, der mit seiner Scharia menschenrechtswidrige Gesetze für das gesellschaftliche Zusammenleben erlässt, Frauen den Männern unterwirft, Andersgläubige als minderwertig erklärt, Hass auf Homosexuelle und Juden schürt sowie Gewalt bis hin zum Töten zur Ausbreitung seiner Ideologie legitimiert.

Wenn sie Ihre Verantwortung für die Münchner Bevölkerung wahrzunehmen bereit sind, sollten Sie auch umgehend ein Verbot des Vereins „Islamisches Zentrum München e.V.“ wegen akuter Verfassungsfeindlichkeit veranlassen.

Mit zutiefst besorgten Grüßen,

Bürgerbewegung Pax Europa (BPE)

Wir dürfen gespannt sein, ob die Münchner Medien das Thema aufgreifen oder sich bei dem brandheißen Thema, wie in den vergangenen Jahren üblich, feige wegducken. Es gilt nun auch seitens der Bürger, durch Anfragen an die Münchner Stadträte den Druck weiter aufzubauen, um das Verbot des Islamischen Zentrums München e.V. einzuleiten.

Dies war auch Thema bei der BPE-Kundgebung auf dem Münchner Marienplatz, zu dem die Patrioten von „Europäischer Widerstand Online“ wieder [einen Livestream anfertigten](#), den bisher 9000 Menschen sahen. Außerdem sprachen wir den 18. Jahrestag des bisher folgenschwersten islamischen Terroranschlags vom 11. September in den USA an. Bezeichnenderweise war einer der moslemischen Terroristen des ersten Anschlags auf das World Trade Center im Jahre 1993, Mahmoud Abouhalima, häufiger Gast in der Moschee des Islamischen Zentrums München.

Am Freitag geht die Deutschlandtour der Bürgerbewegung Pax Europa zur Aufklärung über den Politischen Islam in Deggendorf (12-17 Uhr) und am Samstag in Passau von 11-17 Uhr weiter. Alle Termine der kommenden Wochen im Überblick:

Es wird die größte gesellschaftspolitische Aufgabe des 21. Jahrhunderts sein, den Islam in Deutschland und Europa so zu entschärfen, dass von ihm keine Gefahr mehr ausgeht. Hierzu ist das Verbot des Politischen Islams, in dem sich all die brandgefährlichen Bestandteile und die Scharia befinden, die geeignete Maßnahme. Die BPE hat es sich zum Ziel gesetzt, in den kommenden Monaten durch eine Vielzahl von öffentlichen Kundgebungen in ganz Deutschland maßgeblichen Druck auf Politiker, Parteien und Medien auszuüben, das Thema anzupacken. Zum Gelingen dieser historischen Aufgabe ist jedes neue Mitglied und jede Unterstützung wertvoll. [Hier geht es zum Mitgliedsantrag](#) oder zur Spendenmöglichkeit, die im Übrigen steuerlich absetzbar ist.



Redeverbot für linken Oberbürgermeister rettet nichts

Von WOLFGANG HÜBNER | Die heute beginnende Internationale Automobilausstellung (IAA) in Frankfurt wird die letzte sein in Deutschlands Pendlerhochburg, die sich kürzlich mit politischer Mehrheit in absurder Weise zur „Fahrradstadt“ ernannt hat. Noch vor den angekündigten massiven Demonstrationen von Radlobby, Greta-Jüngern und linksextremen Auto-Anzündern haben Frankfurts linker Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) sowie die [Messeveranstalter](#) der einstmals wichtigsten und populärsten Messe der Mainmetropole den endgültigen Todesstoß versetzt. In Frankfurt findet in den nächsten Tagen deshalb die Abschiedsvorstellung der IAA statt.

Feldmann trägt zu dieser Entwicklung damit bei, weil er ganz offensichtlich seine Begrüßungsrede dazu nutzen wollte, sich an die linksgrünen Autofeinde und Klima“aktivisten“ heran zu schleimen. Das wird nun zwar mit einem [faktischen Redeverbot](#) für ihn bei der Eröffnungsveranstaltung verhindert. Allerdings nur um den Preis, dass sich ausgerechnet Feldmann nun auch noch als Märtyrer des freien Worts präsentieren kann. Die Verbandsvertreter der Autoindustrie hätten Feldmann vielmehr seine schäbige Anbiederung machen lassen, ihm dann aber mit aller Deutlichkeit widersprechen sollen. Das wäre auch kein größerer Eklat geworden als er nun auf andere Weise entstanden

ist. Es wäre jedoch wenigstens ein öffentlicher Eklat entstanden.

Selbstverständlich hat der notorische Sozialdemagoge Feldmann einmal mehr gegen die Interessen Frankfurts mit seiner (verhinderten) Redeprovokation gehandelt. Und der Messe GmbH, der er kraft Amt sogar als Aufsichtsratsvorsitzender angehört, richtet er großen materiellen und ideellen Schaden an.

Für Feldmann selbst wird allerdings kein Schaden entstehen. Denn er kann sich allemal auf die Frankfurter CDU verlassen, die lust- und kraftlos zweimal Kandidaten und Themen zur Wahl des Oberbürgermeisters aufgeboden hatte, die ihm den Erfolg geradezu schenkten. Zudem hat sich die örtliche CDU in der Koalition mit der SPD und den Grünen selbst gefesselt und macht dort jeden Unsinn bereitwillig mit.

Kritik kann aber nicht nur dem Frankfurter Oberbürgermeister gelten. Was soll man von Managern und Verbandsvertretern der für die deutsche Wirtschaft und Millionen Arbeitsplätzen so wichtigen Autoindustrie halten, wenn der VW-Chef Herbert Diess allen Ernstes mit einer provokativ namensvermummten [Antifa-Frau „Tina Velo“ in der taz](#) diskutiert, die danach triumphierend twittert: „Über die Konversion zur öko-sozialen Wirtschaft reden wir dann mit den Arbeitenden und Beschäftigten selbst“ und sich damit gemeinsam mit ihrem Anhang über diesen nützliche Wolfsburger Idioten für die angestrebte linksextreme Systemveränderung amüsiert?

Was derzeit nicht nur in Frankfurt, nicht nur in den IAA-Tagen, sondern in ganz Deutschland geschieht, ist eine zutiefst verantwortungslose, unzählige Existenzen gefährdende und zerstörende Demontage der wichtigsten Industrien Deutschlands. Und keiner der führenden Politiker in Berlin, keiner der grotesk überbezahlten Spitzenmanager oder Industrieverbandsvertreter hat bislang die Traute, diesem Wahnsinn endlich entschlossen entgegen zu treten.

Es sind nicht die Herren Feldmann und Diess, die künftig die Rechnung für diese selbstzerstörerische Demontage zahlen müssen – es sind Millionen Gering-, Klein- und Normalverdiener. Merkel-Deutschland ist im Jahr 2019 reif für die geschlossene Abteilung der Verwahranstalt für vollständig irre gewordene Staaten.



Hübner auf der Buchmesse 2017 in Frankfurt.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Wo
lf
ga
ng
Hü
bn
er
sc
hr
ei
bt
se
it
vi
el
en
Ja
hr
en
fü

r
di
es
en
Bl
og
,
vo
rn
eh
ml
ic
h
zu
de
n
Th
em
en
Li
nk
sf
as
ch
is
mu
s,
Is
la
mi
si
er
un
g
De
ut
sc

hl
an
ds
un
d
Me
in
un
gs
fr
ei
he
it
.
De
r
la
ng
jä
hr
ig
e
St
ad
tv
er
or
dn
et
e
un
d
Fr
ak
ti
on
sv

or
si
tz
en
de
de
r
„B
ür
ge
r
fü
r
Fr
an
kf
ur
t“
(B
FF
)
le
gt
e
zu
m
En
de
de
s
Ok
to
be
rs
20
16
se

*in
Ma
nd
at
im
Fr
an
kf
ur
te
r
Rö
me
r
ni
ed
er
.
De
r
le
id
en
sc
ha
ft
li
ch
e
Ra
df
ah
re
r
is
t
üb*

[er](#)
[se](#)
[in](#)
[e](#)
[Fa](#)
[ce](#)
[bo](#)
[ok](#)
[-](#)
[Se](#)
[it](#)
[e](#)
[er](#)
[re](#)
[ic](#)
[hb](#)
[ar](#)
[.](#)



Gottfried Curio: „Migranten retten Deutschland nicht, sie ruinieren es“

Nach dem Höhepunkt der Haushaltswoche im Bundestag am Mittwoch mit glänzenden Reden der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice

Weidel und Alexander Gauland ([PI-NEWS berichtete](#)) geht es heute mit dem Thema Innenpolitik weiter. In 90-minütiger Debatte berät der Bundestag über den im Regierungsentwurf für den Haushalt 2020 enthaltenen [Einzelplan 06](#). Auf die Rede von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) antwortete der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Dr. Gottfried Curio, in gewohnt pointierter Art (Video oben).



Leipzig: Überfall von roten SA-Schlägern auf feiernde Bürger

Am letzten August-Wochenende kam es in Leipzig in der Nähe der Prager Straße zu einem Überfall eines hochaggressiven roten SA-Schlägertrupps auf feiernde Bürger. Die [Leipziger Volkszeitung vom 7. September](#) (Druckausgabe) schreibt:

Nach Schilderung Beyers [Marius Beyer, Leipziger AfD-Stadtrat, Anm. PI-NEWS], der mit Opfern gesprochen hat, feierten rund 30 Personen am Samstagabend unter freiem Himmel in einem Park im Südosten der Stadt. Gegen 22 Uhr hätten sich die Gäste in kleineren Gruppen zerstreut. Vor Ort seien acht bis zehn Leute verblieben. „Sie wurden von 20 bis 30 Angreifern, dunkel gekleidet und ver mummt, verfolgt, geschlagen und getreten“, so Beyer. „Die Täter setzten

Pfefferspray, Schlagstöcke und Quarzhandschuhe ein.“ Dabei sollen sie „schieß Faschisten, schieß Nazis“ gerufen haben.

Ein 18-Jähriger habe bei dem Angriff einen Bruch des Handgelenks und zahlreiche blutende Wunden erlitten, so die Zeitung. Zwei Frauen stürzten eine Böschung hinunter und zogen sich unzählige Kratzer an den dornigen Sträuchern zu.

Das LKA, das die Ermittlungen übernommen hat, glaubt, dass die Motive im privaten Bereich liegen könnten, ein politisches Motiv würde aber „nicht ausgeschlossen“.

Die Hintergründe weisen wohl eher auf letzteres hin, also auf eine rote SA-Schläger-Truppe:

- feiger Überfall aus der Überzahl heraus
- keine Rücksicht auf Frauen
- Freude am Schmerz und am Leiden anderer
- Beschönigung der eigenen Aggressivität durch hehre Motive, wie Rettung der bunten Republik vor herbeiphantasierten Nazis.

Die Anerkennung der Drecksarbeit erfolgt üblicherweise durch die herrschende politische Kaste, hier insbesondere durch Grüne oder Die Linke, die den Schlägern dafür die Bestätigung geben, dass sie jetzt zu den bunten Herrenmenschen gehören, auch wenn sie sonst in ihrem Leben nichts zu leisten in der Lage sind.

(Spürnase: wen)



Hässliche Bilder: An der Grenze vermieden und nun im Land

Von EUGEN PRINZ | Heute vor vier Jahren waren [21 Hundertschaften der Bundespolizei](#) mit Bussen und Hubschraubern aus ganz Deutschland nach Bayern gebracht worden. Am Sonntag, dem 13. September 2015, um 18.00 Uhr, sollte die Grenze von Österreich nach Deutschland für alle Flüchtlinge dicht gemacht werden. Doch im letzten Moment piff Bundeskanzlerin Angela Merkel die Polizisten zurück. Sie fürchtete „[öffentlich schwer vermittelbare Bilder](#)“ in den Medien.

Wir wissen, wie es ausgegangen ist: Deutschland wurde von Heerscharen unkontrolliert ins Land strömender Fremder, deren Identität teilweise bis heute nicht bekannt ist, förmlich überrannt.

Lieber bluten als die Grenze schützen?

Dass es immer noch genügend Menschen gibt, die sich an „hässlichen Bildern“ bei der Zurückweisung von Flüchtlingsmassen stören würden, musste der Autor erst vor einigen Tagen bei einer Diskussion zu diesem Thema zur Kenntnis nehmen. Ein guter Bekannter, ein sehr sozialer Mensch, hatte zunächst bezweifelt, dass eine Grenzschießung überhaupt möglich wäre. Der Verfasser entgegnete, dass seiner Meinung nach eine hermetische Abriegelung der Grenze für einen

hochentwickelten Staat wie Deutschland kein Problem sein dürfe. Dann ließ der Gesprächspartner die Katze aus dem Sack:

„Und was wollen Sie machen, wenn vor der Grenze 100.000 Menschen stehen, die Hunger leiden, Kälte oder Hitze ausgesetzt sind und alles tun, um herein zu kommen? Stellen Sie sich mal die hässlichen Bilder vor, wenn Sie da Gewalt anwenden!“

Da sind sie also wieder, die hässlichen Bilder, vor denen Angela Merkel den Schwanz eingezogen hat, weil sie nicht einmal ansatzweise über das Format eines Helmut Schmidt oder Gerhard Schröder verfügt, die das Land geführt und auch unpopuläre Entscheidungen getroffen haben. Merkel führt nicht, sie ruiniert. Und nein, der Autor hat noch nie in seinem Leben die SPD gewählt.

Hässliche Bilder im Land statt an der Grenze

Doch zurück zu den hässlichen Bildern. Merkel hat verhindert, dass es vor vier Jahren solche an der Grenze gab. Aber jetzt haben wir diese hässlichen Bilder im Land. Sie sind leider nicht so deutlich sichtbar, wie sie das an der Grenze gewesen wären, weil sie in viele tausend Puzzle-Teile aufgesplittert quer über ganz Deutschland verstreut sind:

Allein im Jahr 2018 kamen in Deutschland 61 Menschen durch die Hand eines Zuwanderers ums Leben. Die Zahl der Körperverletzungen, schweren Körperverletzungen und gefährlichen Körperverletzungen beläuft sich auf insgesamt 55.391 und bei den Sexualdelikten sind wir bei 6046 Fällen.

Wohlgemerkt: Wir reden hier nur von einem einzigen Jahr und der Verfasser hat absichtlich die schöngerechneten Zahlen der selbsternannten „Faktenchecker“ von [correctiv.org](https://www.correctiv.org) genommen, also jenen, die es sich auf die Fahne geschrieben haben,

Seiten wie PI-NEWS zu widerlegen.

Ein Gesamtbild der Situation zeichnen die [Zahlen des Bestsellerautors Stefan Schubert](#). Der extrahierte aus dem „[Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung](#)“ von 2015 bis 2018 insgesamt 1.085.647 Straftaten durch 621.713 tatverdächtige Zuwanderer.

Diese Zahlen und das Blut der 61 Toten, über 55.000 Verletzten und 6046 Geschändeten ergeben zusammen noch viel hässlichere Bilder als sie jemals an der Grenze möglich gewesen wären. So ein Gemetzel hätten die Bundespolizisten niemals angerichtet.

Es war nicht Merkels Aufgabe als Bundeskanzlerin der Deutschen, „hässliche Bilder“ an der Grenze zu vermeiden, um dafür das Land mit solchen zu „schmücken“. Es wäre ihre verdammte Pflicht gewesen, die Grenze zu schützen. Deshalb sind die Toten, Verletzten und Geschändeten, die auf das Konto der Zuwanderer gehen, auch Merkel anzulasten.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem

politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).